

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. jährlich 9,60, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 10,50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingierstraße 14, II. Tel. 1465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zingierstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Pettzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsangelegen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 210.

Dresden, Dienstag den 10. September 1912.

23. Jahrg.

Auf zum Protest gegen die Teuerung!

Die Abnahme der Volkskraft.

Die amtliche Feststellung des Geburtenrückganges in Deutschland hat begreiflicherweise großes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt. Um so auffällender ist die Gleichgültigkeit, mit der gerade jene Kreise, die besonderes Interesse für die Steigerung der Wehrkraft Deutschlands bekunden, über die Erwähnung hinweggehen, die geeignet ist, ernste Bedenken zu erwecken. Seit einigen Jahren haben sich die Geburten des Heeres-Ergänzungsgeschäfts ständig vermindert. Von je 100 einjährig Abgefertigten waren:

	1905	1906	1907	1908	1909	1910
tauglich	58,8	55,9	54,9	54,5	53,8	53,0
tauglich	14,7	14,7	15,1	15,2	14,9	14,8
nicht tauglich	22,0	22,7	23,1	23,8	23,0	25,9
untauglich	6,8	6,5	6,7	6,3	6,3	6,1

Nach ist seit dem Jahre 1905 der Prozentfuß der für Wehrtauglich befundenen jungen Leute um 3,3 zurückgegangen. Die Quote der Wehrtauglichen erhöhte sich hingegen um 0,7. Das die absolute Untauglichkeit um 0,7 Proz. abgenommen hat, zeigt zwar, daß sich die Zahl der jugendlichen Wehrtauglichen zu denen besonders engbrüstige und unterernährte Männer gerechnet werden, ist ein recht bedenkliches Symptom. Bezeichnend für die Einflüsse, denen diese Verschlechterung der Volkskraft wohl hauptsächlich zugeschrieben werden muß, ist der besonders scharfe Rückgang der Wehrtauglichkeit in den Bundesteilen mit vorwiegend industriellem Charakter. Weniger bedeutend war die Abnahme in den ländlichen Provinzen. Vereinzelt ist hier sogar eine Besserung zu sehen. Eine besonders auffallende Verschlechterung weisen die Bundesstaaten auf, in denen von 100 Abgefertigten waren:

	tauglich oder tauglich	untauglich oder milder tauglich		
1906	1910	1906	1910	
Bayern	87,0	80,9	42,7	48,9
Preußen	78,2	79,0	23,5	26,8
Sachsen	68,7	59,0	33,0	40,7
Württemberg	73,4	72,3	28,5	27,6
Hessen	72,0	67,7	27,9	32,2
Sachsen (17 R.)	68,0	64,9	31,4	34,8

Der in manchen Bundesteilen ganz erschreckend hohe Rückgang der für den Wehrdienst untauglichen oder milder tauglichen jungen Leute sollte, wenn alle anderen Argumente in Erwägung zu ziehen sind, die Regierung denn doch eine ernste Warnung sein. Die anhaltende Verschlechterung der Wehrtauglichkeit kann nur eine Folge unzureichender Ernährung der breiten Volksschichten sowie mangelhafter Gesundheitsverhältnisse sein. Gegen diese Uebelstände muß mit allen Mitteln angeknüpft werden, wenn nicht eine weitere Abnahme der Volkskraft eintreten soll.

Bundesrat und Notstand.

Auf die Eingabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die am 5. September in der Reichstagskanzlei eintraf, am 8. September abends eine Antwort noch nicht erfolgt. Die Berliner Volkszeitung über den vorausgesetzten Weitergang der Dinge folgendes zu berichten:

Wie wir hören, denkt man in Regierungskreisen daran, diesem Begehren zu entsprechen. Was die in der Eingabe angeführten Maßnahmen zur Bänderung der Wehrkraft, so werden, wie wir weiter hören, die Mittel für die Wehrkraft im nächsten und zuberstehendem Wehrtauglichen ein- und zweijährigen Wehrtauglichen festhalten. Der Bundesrat wird sich mit den Wehrtauglichen, den Notstand betreffenden Anträgen wahrscheinlich Ende Oktober beschäftigen. Die erste Sitzung des Bundesrats, die am 10. Oktober beginnt, wird die Anträge zur Tagesordnung dieser Sitzung stehen werden. Geschäftlich geben derartige Anträge zuerst an die Ausschüsse des Bundesrats, von denen sie geprüft und begutachtet werden. Die Ausschüsse erst Ende dieses Monats ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, wird die Prüfung und Begutachtung bis zum 10. Oktober beendet sein.

Während einen Monat lang geschieht zunächst nichts. Da ist der Bundesrat noch nicht beschlossen. Dann kommt der Bundesrat zu tun, als sich um die Not des Volkes zu kümmern. Ende Oktober beginnt man zu erwägen, ob man die Wehrkraft nicht vielleicht tun sollte, als ob man etwas tun könnte. Dabei bleibt es aber bis auf weiteres, denn der Bundesrat tritt ja erst Ende Oktober zusammen, und ohne Zusammenkunft kann er nichts machen.

Während der Reichstagszeit zu seinem Ziel für die Wehrkraft, indem er Wehrtauglicher schießt, und er damit fertig ist, legt er am Ende auch einen höflichen Wehrtauglichen auf, daß und warum, wenn man alles recht be-

trachtet, es doch besser ist, den Reichstag zu Hause zu lassen. Oder langt es nicht einmal so weit?

Ein amtlicher Beitrag zur Teuerungfrage.

Das Statistische Amt der Stadt Schöneberg hat soeben eine interessante Zusammenstellung über die Bewegung der Fleischpreise auf den dortigen Märkten in den Sommermonaten Juni, Juli und August der letzten Jahre veröffentlicht, die den ungeheuren und ungewohnten Anstieg der letzten Zeit erkennen lassen. Die für die einzelnen Fleischsorten gezahlten Mindestpreise betragen pro Kilogramm in Pfennig:

		1909	1910	1911	1912
Rindfleisch von der Keule	Juni	150	150	160	180
	Juli	140	150	160	200
	August	140	170	160	230
vom Bauch	Juni	120	120	150	140
	Juli	120	130	140	150
	August	120	140	130	180
Schweinefleisch	Juni	130	130	120	150
	Juli	140	140	120	150
	August	130	140	120	200
Kalbfleisch	Juni	130	130	140	160
	Juli	130	130	150	160
	August	130	150	140	180
Lammfleisch	Juni	150	140	180	180
	Juli	150	160	180	190
	August	150	160	140	200

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Fleischpreise in den letzten Monaten Hochstände erreicht haben, wie in keinem der vorhergehenden drei Jahre. Ergänzend zu den oben gegebenen Zahlen ist noch zu bemerken, daß der Mindestpreis für Rindfleisch von der Keule z. B. in den Jahren 1909 bis 1911 zwischen 1,80 M. zurückging, vom 8. bis 21. August d. J. jedoch nicht unter 2,30 M. sank. Rindfleisch vom Bauch, das in den vorhergehenden Jahren bis auf 1,20 M. heruntergegangen war, kostete seit dem 12. August 1912 nie mehr unter 1,80 M. Schweinefleisch wurde in den Jahren 1909 bis 1911 meist für 1,10 bis 1,30 M. im Mindestpreis verkauft und stieg nur ganz vorübergehend auf 1,70 M. Seit dem 7. August d. J. beträgt der Mindestpreis ständig 2 M. Ebenso beträgt der Mindestpreis für Kalbfleisch seit dem 25. Juli d. J. 1,80 bis 2,00 M., während er in den vorhergehenden Sommer nur ganz ausnahmsweise 1,50 M. überstieg.

Nahrungsergänzungsprämien und Teuerung.

Erstlich ein Verbot der Getreide- und Futtermittel-Exporte bis Mitte November, um zu verhindern, daß das Land bei den durch die ungenügende Witterung verursachten und noch zu befürchtenden Ernteausfällen von Futter und Brotgetreide entblüht wird. Die ganz anders steht das große, mächtige Deutschland da. Nach agrarischen Behauptungen ist auch die deutsche Ernte durch Witterungseinflüsse arg geschädigt worden, aber nichtbestimmter halten es die deutschen Agrarier bei den allgemeinen Teuerungsverhältnissen im Lande weiter für die heiligste nationale Aufgabe, sich aus der Reichskasse Prämien von vielen Millionen dafür bezahlen zu lassen, daß sie in immer steigenden Mengen deutschen Roggen nach dem Auslande zu Schleuderpreisen verkaufen.

Obwohl die Roggnernte des Jahres 1911 eine vorzügliche war und die des Vorjahres wesentlich überstieg, standen für die Versorgung Deutschlands mit Roggen in dem am 31. Juli beendeten Erntejahre infolge der enorm gestiegenen Ausfuhr geringere Mengen zur Verfügung als im Vorjahre. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen über den Getreideausfuhrhandel in dem ersten Monat des Erntejahres 1912/13 wird von den Großgrundbesitzern und Getreideexporteuren der Export prämiierten Brotgetreides in einem wachsenden Umfange fortgesetzt. Es stellte sich die Ausfuhr von Roggen in der Zeit vom 1. bis 31. August 1912 auf 595 961 Doppelzentner gegen 562 186 Doppelzentner in der Vergleichszeit des Vorjahres, die Ausfuhr von Roggenmehl auf 80 289 Doppelzentner gegen 79 469 Doppelzentner im Vorjahre. Dagegen ging die Einfuhr von 531 567 Doppelzentner im Vorjahre auf 284 909 Doppelzentner im August dieses Jahres zurück. Für das deutsche Volk eröffnen diese Zahlen nette Aussichten. Obwohl in diesem Jahre der Roggen viel später eingebracht wurde als im Vorjahre, ist heuer die Ernte bedeutend größer als im Vorjahre. Aus der Reichskasse sind für die Entlohnung des Inlandes von Roggen in 31 Tagen des neuen Erntejahres 3,43 Millionen Mark Prämien gezahlt worden, die in die Taschen der Großgrundbesitzer und Getreideexporteure fließen. Der direkte Ausfall der Reichskasse stellte sich unter Berücksichtigung der Einnahmen aus der Einfuhr auf rund zwei Millionen Mark. Da die Agrarier und ihre Beistandener den Wert hatten, zu erklären, daß die

unerträglich hohen Fleischpreise als ein „sehr erfreuliches Ergebnis“ zu betrachten sind, so werden sie auch nicht anstehen, die immer niederträchtigere Entwicklung der Ausführungsprämienwirtschaft als herrliche Erfolge zu preisen.

Mahnahmen der Gemeinden.

Die Jünnauer Stadtverordneten ersuchen den Magistrat, im Sinne der Aufhebung der Grenzsperr bei der weimarerischen Regierung resp. dem Bundesratsvertreter vorstellig zu werden. Die Fleischnot am Orte soll wieder durch den Fleischbezug aus Dänemark, der sich auch nach der Ansicht des Bürgermeisters glänzend bewährt hat, abgeholfen werden. Nur drei bürgerliche Stadtverordnete stimmten gegen den sozialdemokratischen Antrag.

In Erfurt stellen 13 bürgerliche Stadtverordnete an den Magistrat den Antrag, sofortige Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen.

Protestversammlungen.

Trotz der denkbar ungünstigsten Witterung strömten am Sonntag vormittag die Heimarbeiter des Meiningener Oberlandes (Bezirk des Heimarbeiterlands in der Spielmanns- und Christbaumindustrie aus dem Thüringer Walde) nach Sonneberg, um in einer Massenversammlung gegen Fleischwucher und Lebensmittelteuerung zu protestieren. Die Versammlung war überfüllt. Das Referat des Genossen Wächter-Hiltenslein wurde mit brausendem Beifall aufgenommen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 8. September im Schloßsaal zu Sonneberg tagende Versammlung nahm zur bestehenden Lebensmittelteuerung Stellung. Die Versammlung fordert im Interesse der Gesundheit des Volkes und um der bereits in weiten Kreisen der Bevölkerung bestehenden Unterernährung Einhalt zu tun: 1. die sofortige Überwindung des Reichstags, 2. Beseitigung des Systems der Einfuhrzölle, 3. sofortige Deckung der Grenzen, um genügend Fleisch auf den Markt zu bringen, 4. Beseitigung des § 12 des Fleischbeschgesetzes. Die Versammlung erwartet, daß der Vertreter Sachsen-Meinings im Bundesrat für diese vier Forderungen eintritt. Von den Verwaltungen der Gemeinden fordert die Versammlung nachdrücklich, daß sie alle Schritte tun, um die von der werktätigen Bevölkerung so bitter empfundene Fleischnot zu lindern.

Nach der Versammlung zogen trotz strömenden Regens 600-700 Personen in geschlossenem wohlgeordnetem Zuge durch die Straßen der Stadt vor das Rathaus, wo sich die Menge nach einer kurzen Ansprache des Landtagsabgeordneten Genossen Behrer auflöste.

Protestversammlungen fanden statt in Erfurt, Albrechts bei Suhl, Gispersleben, Gönitz, Schmölla, Ronneburg, Hermsdorf und Kahla, letztere fünf Orte im Herzogtum Sachsen-Altenburg; ferner in Apolda.

In Königsberg protestierte eine Versammlung, die von circa 6000 Personen besucht war. Weitere Protestversammlungen wurden noch in Memel, Kistit, Gumbinnen, Rastenburg, Wehlau, Osterode und Großhaupe-krug (Kreis Königsberg) abgehalten.

In 19 Landorten des 11. badischen Reichstagswahlkreises (Mannheim-Weinheim) fanden am Sonntag und Montag Volksversammlungen statt, die sich mit der Teuerung beschäftigten. Der Besuch war allgemein ein guter. Referenten wie Distriktsredner vertrat die Forderung auf Öffnung der Grenzen für die Einfuhr ausländischen Viehes und Fleisches.

Die Dortmunder Arbeiterschaft hatte für letzten Sonntag eine große Demonstration versammelt unter freiem Himmel geplant. Aber den ganzen Tag regnete es in Strömen, so daß man sich kaum hätte verwundern dürfen, wenn nur einige Hundert Mann gekommen wären. Trotz des tollen Regens waren dennoch wohl an 3000 Personen herbeigekommen, die in zwei großen Sälen untergebracht werden mußten. Daß trotz des Regens eine solche Beteiligung zu verzeichnen war, zeigt, wie groß die Not geworden ist. Die Versammlungen nahmen eine scharfe Resolution zur Teuerung an; auch antworfende Zentrumsleute stimmten für die Resolution.

Das albanische Problem.

pr. Aus Konstantinopel, 7. September, wird uns geschrieben:

Während die Albaner ihren Frieden mit der Regierung geschlossen haben, wollen die albanischen Massen sich noch immer nicht beruhigen. Sie gehen jetzt auf eigene Faust vor. In Nowibasar, Seniga, Djatova, Brijenti und Ipele wurden die Waffendepots geplündert. Daneben werden auch einfache Plünderungen vorgenommen. Die Schule in Ipele wurde in Brand gesteckt, die Gefangenen aus dem Gefängnis entlassen. Es kam zu Zusammenstößen mit dem Militär, wobei Mannschaften und Offiziere getötet wurden. Dennoch ist wohl anzunehmen, daß nach einiger Zeit die Massen sich beruhigen werden. Kennzeichnend ist diese Bewegung nur, weil sie zeigt, daß die albanischen Massen sich durchaus nicht zufriedengestellt fühlen. Sie fühlen sich vielmehr enttäuscht und betrogen; kurz, es wiederholt sich daselbst, wie bei dem Ausbruch des Maliforenauflandes. Denn die Bewegung der Massen entspringt gar nicht dem politischen, sondern vielmehr einem